

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

# Danziger Zeitung

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärtis 1 Thlr. 20 Sgr.  
Unterlate nehmen an: in Berlin: A. Rettemeyer, in Leipzig: Eugen  
Söhl, H. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt  
a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdg.

# Beitung

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 1½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 29. März. Die endgültige Formation des Norddeutschen Bundesheeres befindet sich, was die Eintheilung der Armee-Corps, der Armee-Abtheilungen und der Armee-Inspektionen betrifft, noch im Stadium der Vorbereitung. Anderweitige Nachrichten sind verfrüht.

## Norddeutscher Reichstag.

21. Sitzung am 28. März 1867.

Die Tribünen sind überfüllt; in der Hofloge die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin, von Baden und Sachsen-Weimar, der Prinz Nicolaus von Nassau, später der Kronprinz. Das Haus tritt zunächst in die Beratung über den Antrag der Abg. Bounek und Gen., der dahin lautet, daß jeder Abg., der einen Änderungsantrag gestellt hat, das Recht haben soll, wenn die Diskussion geschlossen wird, ohne daß er zu Wort kommt, 5 Minuten über seinen Änderungsantrag zu sprechen. — Abg. Ahlmann hat dazu das Amendement gestellt: Anträge und Interpellationen, welche von Abgeordneten nicht deutscher Nationalität gestellt werden, gelangen auch dann, wenn sie nicht von Abgeordneten deutscher Nationalität unterstützt werden, zur Diskussion und Abstimmung. Der Präsident bemerkte, daß er diesen Antrag, der nicht als Amendement gelten könne, jetzt nicht zur Debatte stellen werde. Der Referent über den Antrag Bouneks. Abg. v. Unruh empfiehlt die Annahme des Antrages. Man könne die Antragsteller nicht mundtot machen und daher sei es billig, ihnen wenigstens auf 5 Minuten das Wort zu gestatten. — Abg. v. Vincke (Hagen) ist gegen den Antrag. Ueberall sei ein Antrag auf Schluss der Debatte zulässig, um die Debatte auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Man dürfe der Versammlung nicht Reden entziehen. Es könnte bei Annahme des Antrags kommen, daß gegen Schluss der Debatte noch schnell ein Amendement gestellt wird, bloß um noch eine Rede halten zu können. Das wäre eine Bevorzugung der Minorität, die man füglich einen Mißbrauch nennen könnte. Nun noch einige praktische Bedenken. Der Antragsteller soll bloß fünf Minuten sprechen dürfen. Soll der Präsident ihn mit der Uhr in der Hand observieren. Hier kann man Kochen mit der Uhr in der Hand, aber nicht das Zeitmaß einer Rede in solcher Weise bestimmen. Auf dem deutschen Handelstage und dem deutschen Abgeordnetentage hat man in dieser Beziehung Proben angestellt, die sehr unbefriedigend ausgefallen sind. Außerdem wird das Haus wirklich interessante Redner nicht so beschränken wollen und sie mit dem Rufe: „Fortreden!“ ermuntern. Im Übrigen möchte ich über den Antrag gern die Meinung unseres verehrten Herrn Präsidenten hören. — Prä. Dr. Simson: Das steht mir nicht zu, so lange ich den Vorstieg führe. — Die Abg. v. Carlowitz und Bounek sprechen für den Antrag, der die Minorität vor Benachtheiligung schützt. — Abg. Graf Schwerin ist gegen den Antrag schon deshalb, weil man die Antragsteller nicht so sehr in der Zeit des Sprechens beschränken darf. Sie möchten ihre Motive lieber drucken lassen; er möchte lieber das Geld für die Druckkosten bewilligen, als die Zeit für die Amendements. — Abg. Gneist ist für den Antrag, um auch den Schein zu vermeiden, als ob die Minorität benachtheilt werde. — Nachdem noch der Abg. Wagener gegen und der Referent v. Unruh für den Antrag gesprochen, wird derselbe mit 128 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Das Haus tritt in die Vorberatung über Art. 21, welcher lautet: Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichswahl-Gesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist. Beamte im Dienste eines der Bundesstaaten sind nicht wählbar.

Zu diesem Artikel sind folgende Amendements eingebrochen: 1. Von dem Abg. Fries: hinter die Worte „directen Wahlen“ einzuschalten: mit geheimer Abstimmung. 2. Von den Abg. Graf Henckel v. Donnersmark und v. Unruh: statt des Schlusses folgenden neuen Artikel einzuschalten: Beamte bedürfen seines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag. Wenn ein Mitglied des Reichstags in dem Bunde oder einem Bundesstaat ein befohltes Staatsamt annimmt oder im Bundes- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen. 3. Von dem Abg. Bacharia: Dem Art. 21 einen besondern Artikel voranzustellen: „Der Reichstag besteht aus einem Ober- und einem Unterhause. (Ein Amendement des Abg. Grafen Galen enthält die näheren Bestimmungen über die Bildung des Oberhauses.) 4. Von dem Abg. v. Brünneck ein Amendement, welches das Wahlrecht nur denjenigen 25jährigen Personen geben will, die einen eigenen Haushalt haben, d. h. einen eigenen Herd oder Dienstboten. Die Wahlhandlung ist öffentlich, bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Von letzterer Bestimmung werden in den Militärwahlbezirken alle Militairpersonen nicht betroffen.

Abg. Fries empfiehlt die Aufnahme der geheimen Abstimmung. Man hat — erklärt er — freilich gesagt, daß, wer seines Stimmrechts würdig sein wolle, auch den politischen Nutzen haben müsse, seine Überzeugung kund zu thun. Wir machen nicht Gesetze für ideale Staaten, sondern für die politischen und sozialen Verhältnisse, die in den Staaten des Norddeutschen Bundes tatsächlich bestehen. Ich möchte Sie dringend bitten, den Grundsatz der geheimen Abstimmung aufzunehmen, besonders wenn Sie das Prinzip der allgemeinen directen Wahlen als Fundamentalsatz in die Verfassung aufnehmen; ich halte dies für durchaus nothwendig, wenn die Wahlen als wahrer Ausdruck der Volksmeinung gelten sollen. Bravo. — Abg. Eichholz (gegen die Vorlage) erklärt sich

für geheime Abstimmung und für die Wählbarkeit der Beamten. Unsere Beamten — sagt er — haben eine bedeutende Stellung innerhalb unseres politischen und Volkslebens. Sie sind aus dem Gelehrtenthum hervorgegangen, das den Fürsten in ihrem Kampfe gegen den Feudalismus die geistigen Waffen gegeben hat. Bei der Bildung des modernen Staates war dies gelehrte Beamtentum von maßgebendem Einfluß. Es hat das deutsche Volk aus seiner Verkommenheit und Bildungslosigkeit nach dem dreißigjährigen Kriege emporgehoben und auch heute noch ist es ein wesentlicher Factor der Bildung unserer Zeit und eine der wesentlichsten Stützen des Staates. Eine solche Klasse, die in der Vergangenheit eine so breite Basis und so viel Verdienste um die Entwicklung des Staatswesens hat, von der Wählbarkeit auszuschließen, würde ohne Nachtheiligung der öffentlichen Interessen nicht möglich sein. Man hat eingemeldet, daß das Beamtentum zu abhängig von der Regierung sei und sich auch versucht fühlen könnte, durch sein Verhalten im Parlament Karriere zu machen. Diese Bedenken scheinen mir nicht so schwerwiegend, um damit den Ausfall so bedeutender geistiger Kräfte zu rechtferigen. Es ist ein conservativer Grundsatz, die geschichtliche Continuität in politischen Dingen festzuhalten; ich glaube also, daß Sie, nachdem das gelehrte Beamtentum Jahrhunderte lang ein wichtiger Theil der Gesetzgebung gewesen ist, einen bedeutsamen geschichtlichen Zusammenhang aufgeben würden, wenn Sie dasselbe von der Wählbarkeit ausschließen wollten.

Abg. Dr. Friedenthal (für den Entwurf) entwickelt zunächst in längerer Ausführung die Gründe, weshalb er von einem wesentlich conservativen Standpunkte aus doch für das allgemeine gleiche directe Wahlrecht sein könne. Er und seine Freunde (v. Vincke-Hagen) etc. hätten aber gerade deshalb die Competenz des Reichstages auf die nothwendigsten Gebiete zu beschränken versucht; denn man müsse immer erst untersuchen, ob ein Factor, der politische Rechte erhalte, auch stark genug sei, dieselben auszuüben. — Redner wendet sich sodann gegen das Amendement Brünneck und gegen das Amendement auf die Errichtung eines Oberhauses. Er habe das Vertrauen, daß die künftigen Wahlen wesentlich conservativ ausfallen; denn der Schwerpunkt bei den Wahlen liegt bei den Bauern. Man müsse nur dahin wirken, daß der Bauer die conservativen Natur seiner Interessen erkennt. Zu diesem Behufe müsse man den Bauern eine derartige Kreisverfassung geben, um selbst mitwirken zu können an der Wahrung ihrer Interessen; so werde man ihn für immer zum Freunde und Anhänger der conservativen Sache machen. Denn der Bauer habe aus Instinct eine allermeist conservative Neigung. Auf dem Reichstage werde der Bauer dann auch die kennenzulernen, die seinen Interessen nahe stehen und dieselben zu fördern suchen. Eine Kreisverfassung, in der das häuerliche Element eine verhältnismäßige Vertretung finde, werde somit das beste Correctiv gegen die Nachtheile des allgemeinen gleichen Wahlrechts sein. Das allgemeine Wahlrecht sei gestern mit dem Cäsarismus in Verbindung gebracht worden; diese Verbindung sei gewissermaßen gerechtfertigt; aber auch hiergegen hätten wir ein Correctiv in der Natur des deutschen Königthums. Dieses sei der beste Halt gegen den Cäsarismus, indem es ohne von Volkes Gnaden zu sein, doch in treuester Pflichterfüllung die Interessen des Volkes wahrnehme. Das deutsche Königthum sei somit dem Cäsarismus diametral entgegengesetzt, und wenn dies von allen Parteien hoch und fest gehalten werde, würde es die beste Waffe gegen den Cäsarismus sein. (Beifall rechts). Abg. v. Vincke gratuliert den Redner.

Abg. Weber (gegen die Vorlage) erklärt sich für geheime Abstimmung. Das allgemeine directe Wahlrecht, sagt er, ist meine Liebe nie gewesen, indem dadurch die staatsbürglerlichen Rechte einer Menge sozial abhängiger Leute eingeräumt werden, und die Klasse, welche Einfluss auf diese besitzt, herausgefördert wird, sie zu beeinflussen. Dies haben wir ja schon bei den letzten Wahlen gesehen, und es wird bei den nächsten Wahlen noch schlimmer werden. Es kann dies zu einem ganzen System von Beeinflussung und Corruption führen, das die Vortheile dieses Wahlrechts gänzlich wieder aufhebt. Das allgemeine Wahlrecht ist entstanden zu einer Zeit, wo es sich um die Existenz des Staates handelte, bei uns aber scheint es speziell deshalb eingeführt zu sein, um einen Gegendruck gegen die Mittelklassen und das Bürgerthum auszuüben, welches bisher die freie Trägerin der freien Ideen und der Grundstein der europäischen Staaten gewesen ist. Es können hierdurch Zustände, Katastrophen und Krisen herbeigeführt werden, wie wir sie in einem Nachbarstaate erlebt haben. Es wird jedoch schwierig sein, nachdem das allgemeine Wahlrecht eingeführt ist, es wieder abzuschaffen, und ich hoffe von dem Geiste der deutschen Nation, daß sie mit diesem Wahlrecht nur denjenigen 25jährigen Personen geben will, die einen eigenen Haushalt haben, d. h. einen eigenen Herd oder Dienstboten. Die Wahlhandlung ist öffentlich, bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Von letzterer Bestimmung werden in den Militärwahlbezirken alle Militairpersonen nicht betroffen.

Abg. Fries erklärt die Aufnahme der geheimen Abstimmung.

Man hat — erklärt er — freilich gesagt, daß thun Sie in einem Lande, wo die Wissenschaft so fruchtbar in den Dienst des Volkes getreten und Deutschland dadurch zur ersten Nation der Welt gemacht hat! Wenn es der höchste und edelste Beruf eines Mannes ist, sich dem Gemeinwohl zu widmen und in den Dienst des Volkes zu treten, und die höchste Zierde eines Mannes, sich an den politischen Fragen zu beteiligen; so wird häufig ein Vater seinen Sohn, wenn er ihm die Ehre zu Theil werden lassen will, nicht mehr auf Schulen und Universitäten schicken, sondern er wird ihn ein Handwerk lernen lassen; dann nur stehen ihm die Pforten des Parlamentes offen (Ruf links: sehr wahr!). Wenn Sie diesen Paragraphen annehmen, so werden Sie — mögen Sie Entschädigung geben oder nicht — ein Parlament schaffen, von dem sich die Nation mit Gleichgültigkeit abwendet; die Geschichte wird dann wohl darüber hinweggehen; eine dauernde Institution kann dies aber niemals werden (Lebh. Beifall links).

Abg. Thissen (für die Vorlage): Das Zweikammer-System habe jetzt seine Bedeutung verloren, ebenso wie der Feudaladel. Durch den mächtigen Aufschwung des Handels und der Industrie ist ein ganz neuer eigener Adel geschaffen und durch die Macht der humanen Entwicklung der Adel der Intelligenz und der Menschenwürde. Eine allgemeine Bildung durchdringt jetzt das gesamme Volk. In den städtischen und ländlichen Bevölkerung ist gegenwärtig eine Macht von Bildung enthalten, welche man in früheren Jahrhunderten nicht in der Sphäre des Adels antraf. Der Adel hat es ja auch selbst anerkannt, daß er nunmehr seine Interessen mit denen des gesamten Volkes verknüpft muss, wenn er seine ererbte Würde beibehalten will. Ein vereintes Streben der höheren und niederen Stände ist deshalb jetzt überall sichtbar. Wir mögen uns deshalb wohl hüten, nach vergangenen Zeiten zurückzugreifen. Das deutsche Volk ist conservativ im edelsten Sinne des Wortes; es ist auch dankbar und legt die Sorge für seine Interessen gern in die Hand von Männern, die mit Wohlwollen den Glanz einer hohen Stellung verbinden. So ist es gekommen, daß durch die directe Wahl des Volkes Fürsten, Grafen und Barone in diese Versammlung gekommen sind; und dieser vom Volke verliebene Glanz ist wohl nicht geringer anzuschlagen, als die historischen Reminiszenzen von den Verdiensten der Ahnen. Bewahren wir auch dem künftigen Reichstag diese Gestaltung. Wenn durch die Verweigerung der Diäten das Volk in seiner Wahl dermaßen beschränkt wird, daß nur noch große Kapitalisten gewählt werden können, und wenn hierüber noch ein Oberhaus eingerichtet wird, so hat das Volk wohl ein Recht zu sagen: „Wir sind verrathen und verlaufen.“ Sehen wir nicht rückwärts auf das alte System, sondern in die Zukunft, sehen wir uns nicht nach einem zweiten Hause um, sondern gründen wir ein einziges großes Haus, wo die höheren und niederen Stände einträchtig wirken für das Wohl des deutschen Vaterlandes. — Abg. v. Behmen ist gegen die Vorlage, die ein Kopfwahl-System für die Dauer wolle. Er werde für den Entwurf nur dann stimmen, wenn an einer Änderung das ganze Verfassungswerk scheitern würde.

Abg. Wagener (Neustettin): Wenn er mit dem Maßstab der Parteidiskussion seiner Freunde an die Vorlage ginge, so würde er diesen Artikel verwirfen. Aber er wolle die Versammlung angeleitet wissen als eine politische, staatsmännische, von der mit Recht in der Eröffnungsrede gesagt sei, daß eine gleiche seit Hunderten von Jahren nicht den Thron eines deutschen Fürsten umgeben habe. Ich möchte nicht, — fährt er fort — daß wir durch unsere Verhandlungen diesen Namen verlieren. Darum trete ich an die Prüfung der Verfassungs-Urkunde nicht mit einer bloßen Parteidiskussion heran, sondern ich frage mich höchstens, ob ich von Gewissenswegen diesen Festsetzungen meine Zustimmung geben kann. Wir haben in den letzten Tagen viel von der Verantwortlichkeit anderer Leute gesprochen, aber wir haben nie gesprochen von unserer eigenen Verantwortlichkeit, und es ist in der That der Hauptvorwurf aller deutschen Opposition bis heute gewesen, daß sie sich niemals der vollen Verantwortlichkeit ihrer Opposition bewußt gewesen sind. (Ruf: Oho! und Sehr richtig!) Dies vorausgeschickt, frage ich kein Bedenken, mich für den Inhalt des Art. 21 auszusprechen. Ich kann nicht dasselbe sagen von allen meinen politischen Freunden. Redner führt nun aus, worin er von den Ansichten mehrerer seiner conservativen Freunde abweiche. Er halte Wahlgesetze überhaupt für formale und untergeordnete Dinge; der Ausfall der Wahlen werde bedingt von den in der Strömung der Zeit vorwiegenden Tendenzen. In Preußen sei ja auch bisher allgemeines Wahlrecht gewesen, man habe nur den Census und die indirekte Wahl, die er als den eigentlichen Herd einer faktioen Opposition und dominierenden Elitenherrschaft betrachte, abgetan. Unsere früheren corporativen Gestaltungen sind im Laufe der Zeit vergangen; es gilt jetzt als Correctiv der allgemeinen directen Wahl neue, den jetzigen Zuständen entsprechende zu begründen. Er verkenne nicht die Gefahren, welche das allgemeine Stimmrecht mit sich bringen könne; aber er wisse kein anderes Gesetz. Es bedarf — fährt Redner fort — keiner besseren Rechtfertigung des allgemeinen directen Wahlrechts als die allgemeine Wehrpflicht. Es ist die Krone aller Pflichten die, sein Leben für den Staat in die Schanze zu schlagen und ich würde es nicht wagen zu vertheidigen, daß ein Kämer in Berlin, weil er einen größeren Geldbeutel besitzt, mehr Recht zum Wählen besitzen müsse, als jemand, dem dieser Geldbeutel fehlt, der aber aus der Schlacht bei Königgrätz mit dem Militär-Ehrenzeichen erster Klasse zurückkehrte. Ein Hauptvorzug des allgemeinen, directen Wahlrechts liegt meiner Ansicht nach darin, daß dasselbe manche soziale und politische Existenz in Frage zu stellen beginnt und deswegen diese soziale Existenz zwingen muß, ihre Stellung zu ver-

theidigen und ihre Berechtigung durch soziale und politische Thaten auch ihrerseits nachzuweisen. Das wird die Heilung unserer Zustände sein, und wenn wir noch so viel sprechen von den Gefahren des Cäsarismus, so frage ich Sie, wer sind denn die Leute, die den Cäsarismus zu Hilfe rufen, wer sind denn die Bevölkerungsschichten gewesen, die denselben in Frankreich möglich gemacht haben? Das ist die eitele, feige und mutlose Bourgeoisie, die stets nur ihren Geldbeutel zu retten sucht. (Bravo.) Darum — und das sage ich namentlich den Herren von der linken Seite des Hauses — darum die Vorwürfe nur immer an die richtige Adresse gerichtet, und wir werden uns über viel Fragen weit leichter verständigen als bisher! Ich gehöre auch zu denen, die, wenn es sich blos um Parteianhauungen handelte, ein Oberhaus für ganz unentbehrlich halten würden. Aber so wenig ich ein gutes Wahlgesetz im Augenblick zu machen weiß, eben so wenig würde ich im Stande sein, Ihnen auch nur die Grundzüge eines deutschen Oberhauses vorzulegen, und ich möchte daher auch namentlich den Hrn. Abg. Bachariae bitten, selbst das Geschäft zu übernehmen. Ohne das, glaube ich, sind derartige Amendements nur Amendements nach der Melodie: „Lieber Maler, mal er mir“. — Was die Beamtenfrage betrifft, so werden Sie, da ich jetzt selbst die Ehre habe, preuß. Beamter zu sein, es mir vielleicht eher gestatten, für die Ausschließung derselben zu sprechen. Ich streiche mich zwar damit selber aus der parlamentarischen Weltgeschichte, aber mit dem Bewußtsein, nicht allzu unentbehrlich zu sein. Es gibt nur wenige Verfassungen, die nicht das Beamtenthum entweder vollständig oder dochtheilweise von der Wählbarkeit ausgeschlossen haben, und selbst die Verfassungen, der freiheitlichsten Republikanen schließen mit einer gewissen Consequenz alle die Kategorien von Beamten aus, an die eigentlich gewöhnlich der Anspruch gestellt wird, über den Parteien zu stehen, die Kategorie der Geistlichen und Richter. In Bezug auf den Modus der Abstimmung, ob öffentliche oder geheime Abstimmung, wünsche er kein Ammendment und werde für den Entwurf der Regierung stimmen. Bis jetzt halte er die öffentliche Abstimmung für das Richtige. Schließlich fordert Redner die Abgeordneten auf der linken Seite auf, dem Beispiele der Conservativen zu folgen und sich der Ammendements zu enthalten (Bravo rechts).

Abg. v. Below (gegen den Art. 21): Die künftige Zusammensetzung des Reichstages wird ein Hauptfaktor der kommenden Entwicklung der deutschen Verhältnisse sein. Um so größere Voricht ist bei dem Wahlgesetze anzuwenden. Ich habe zwar als Mitglied des Herrenhauses möglichst darauf hinzuwirken gesucht, das Wahlgesetz für diesen Reichstag möglichst auf der Grundlage zu Stande zu bringen, auf welcher wir jetzt hier beisammen sind. Ich habe mich gefreut, eine so respectable Versammlung hier zu finden, die ohne Beeinflussung, selbst ohne die Aussicht auf Däten hier zusammengekommen ist. (Hört! hört!) Meine principielle Besorgniß vor dem allgemeinen Wahlrecht ist aber damals zurückgehalten worden durch die Betrachtung der gerade vorhandenen Situation. Ich hatte Vertrauen zu der damaligen erprobten Stimmung, zu dem damaligen erhöhten Vertrauen zu dem weltlichen Leiter der Geschichte des Landes. Die allgemeine Wehrpflicht, die nicht nur eine militärische, sondern zugleich eine politische Schule ist, machte damals Propaganda für die Wahlen. Den demagogischen Untrieben standen damals die aus dem Felde heimgelehrten Soldaten gegenüber, und ihren Erzählungen von dem Heldenkönige mit ist es zu verdanken, daß fast überall so günstige Wahlen stattfanden, daß namentlich in den äußersten Grenzen der Monarchie, in der Wiege von „Jung-Pithau“ statt demokratischer Kandidaten Prinzen des Königlichen Hauses, Mitglieder des Herrenhauses in den Reichstag gewählt wurden. In solchen erhabenen Zeiten kann man mit Recht von einer vox populi vox dei sprechen. Aber es kann nicht alle Tage eine Schlacht bei Königgrätz geschlagen werden; die materiellen Interessen werden sich von neuem geltend machen, der Magen wird sein Recht verlangen, und zu der Gleichheit der Rechte wird wieder das Streben nach Gleichheit der Genüsse in den Vordergrund treten. Die unteren Schichten des Volkes, denen doch Niemand ein über großes Maß von politischer Weisheit zuschreiben wird, werden wieder ein günstiges Wirkungsfeld demagogischer Untriebe werben. Und nun wollen wir die Entwicklung der deutschen Zustände zum Opfer bringen einer aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgehenden Versammlung ohne den natürlichen Ballast der hohen Steuern und des Besitzes? Ohne diesen Ballast wollen wir in die hohe See einer unbekannten Zukunft hineinfahren? Ich halte das für unmöglich. — Redner empfiehlt schließlich ein Wahlgesetz nach Art des früheren Wahlgesetzes für die erste preuß. Kammer, spricht über die Notwendigkeit eines Oberhauses, der Ausschließung der Beamten, der Verweigerung von Däten und schließt mit der Hoffnung, daß die oben geschilderte gehobene Volksstimme noch bis zu den Wahlen für den nächsten Reichstag vorhalten werde, der dann mit der Ruhe, die bei der Schaffung von neuen Verhältnissen doppelt notwendig sei, ein definitives Wahlgesetz herstellen werde.

Abg. Grumbrecht (Hannover): Auch ich hatte und habe die größte Furcht vor den Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, und wäre ich noch zweifelhaft gewesen, von welchem Standpunkte aus uns dasselbe geboten wird, so würden mir die Ausführungen des Abg. Wagener auch den letzten Zweifel darüber genommen haben. Man will es brauchen, um unserem Mittelstande entgegenzutreten, unserem Mittelstande, auf dem doch zum großen Theile die Entwicklung unseres Staates ruht. Daher erklärt sich die plötzliche Freundschaft mancher Conservativen für das allgemeine Wahlrecht. So viel ist aber gewiß, wir müssen stehen und fallen mit dem allgemeinen Wahlrecht und ich will nur hoffen, daß nicht einmal die überwuchernde Demokratie Manches niederringt, was wir jetzt aufzubauen. Die Möglichkeit und Zweckmöglichkeit eines Oberhauses zu besprechen, halte ich nicht eher für am Orte, bis uns einmal ein Redner auch die Gründe dafür angeführt hat, wovon ich bisher nichts vernommen habe. Was die Ausschließung der Beamten betrifft — ein Punkt, der auch mich persönlich angeht, denn ich bin Gemeindebeamter und nach der Fassung des Entwurfs werden ja auch diese bis zum niedrigsten Dorfzulagen hinab von der Wählbarkeit ausgeschlossen, — so würde man in Hannover das gar nicht begreifen können, wo von sehr namentlich die Gemeindebeamten eine ganz andere Stellung eingenommen haben, als hier in Preußen. Ich erkenne an, daß hier in Preußen der Widerstand gegen die Regierung hauptsächlich vom Beamtenstande getragen wurde; aber wenn dieser Umstand die preußische Regierung zu dieser allgemeinen Be-

stimmung verbündet hat, so handelt sie damit, wie ein schlechter Arzt, der statt die Krankheit zu kuriren, das Symptom tut. Denn jener Widerstand war nur die Folge einer Krankheit des inneren Staatslebens. Dem möge aber sein wie ihm wolle, ich bin überzeugt, daß auch ein sehr natürliches Gefühl der Empfindlichkeit eines Chefs, wenn seine Beamten sich gegen ihn auflehnen, in dieser Bestimmung Platz gegriffen hat. Das ist sehr erklärlich, aber davon darf man sich doch nicht so sehr leiten lassen, um in Folge dessen der öffentlichen Meinung Deutschlands ins Gesicht zu schlagen. Und die öffentliche Meinung, sogar wenn sie unverständlich ist, muß immer berücksichtigt werden. Und hier zumal ist sie in ihrem vollen Rechte. Wenn eine große Klasse derjenigen Staatsbürger, die sich bisher fast ganz vom öffentlichen Leben fern gehalten haben, erst einen Beruf in sich fühlen, sich so wie in England am öffentlichen Leben zu beteiligen, dann möchte eine derartige Bestimmung noch hingehen, aber in diesem Augenblick sind wir dazu nicht im Stande. Es mag sein, daß Vieles in dieser Verfassung steht, was nicht gefällt. Der Hr. Ministerpräsident hat uns mit Recht gesagt, wir sollten uns hüten, Bestimmungen in die Verfassung hineinzubringen, welche die Zustimmung der andern Regierungen erschweren. Aber auf der andern Seite haben wir die Verpflichtung, den Entwurf diejenigen Verbesserungen hinzuzufügen, welche ihm die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages und der Mehrheit des Volkes sichern. Bedenken Sie wohl, daß je mehr Mängel Sie darin stehen lassen, auch hier im Reichstage die Zahl derer, die später zu dem ganzen Entwurf Nein sagen werden, sich vermehrt, die in ihrem Gewissen sich dazu gedrungen fühlen werden.

Abg. Windthorst erklärt sich für öffentliche Stimmabgabe, gegen Ausschluß der Beamten, von denen es 190 in dieser Versammlung gebe, und für ein Oberhaus, welches die Interessen der Einzelstaaten und der Aristokratie schütze. Die Aristokratie hat Ferien, sei gesagt worden; sie macht sich leider viel Ferien, aber sie habe keine. Der Abg. Bacharia verdiert den Dank, nicht den Hohn, der Conservativen. Die Rechte der Standesherren, welche die Bundesakte schütze, sind im Entwurf vergessen. An Elementen zum Oberhause fehlt es in Deutschland nicht. Abg. Plana spricht gegen die Errichtung eines Oberhauses. — Abg. v. Sybel: Das allgemeine Wahlrecht war stets der Anfang vom Ende, die Wendung zu ihm eine sophistische Befestigung der wahren liberalen Grundsätze, und gut gemeint eine Anticipation des tausendjährigen Reiches. Das allgemeine Wahlrecht auf die allgemeine Wehrpflicht zu basiren, ist mehr eine poetische als politische Idee; schließt doch die Bestimmung des Alters von 25 Jahren für das active Wahlrecht gerade die junge Mannschaft im Dienst aus. Jenes Recht und diese Pflicht lassen sich nicht gliedern, sonst müßten die commandirenden Generale, die wir hier sehen, auch an der Wahlurne commandiren. Die allgemeine Wehrpflicht gibt den Anspruch auf alle bürgerlichen, aber nicht auf politische Herrschaftsrechte, nicht auf das Recht den Gesetzgeber zu machen. In England kannte man den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts bis zum Anfang dieses Jahrhunderts gar nicht, erst seit 1833 begann eine neue Entwicklung, von der Niemand sagen kann, ob sie zu etwas besserem oder zu einer Euthanasie des Parlamentarismus führen wird. Wie das allgemeine Wahlrecht auf „die Erziehung“ des französischen Volkes wirkte, leyren die letzten 17 Jahre. Es ist begreiflich, daß wir es diesmal brauchen, aber nicht, daß die Vertretung des Bundes dauernd auf diese französische Basis gestellt wird. Denn es appellirt an die Leidenschaften, das indirekte Wahlsystem an die Vernunft. Wir hatten in einem Jahre 4000 Studirende und 44,000 Schüler im Lande. Daraus folgt, daß von 19 Millionen Preußen nur 1 Million die nothwendigste Schulbildung hat. Das preußische Wahlgesetz kann immerhin beibehalten werden. Der Cäsarismus ist allerdings die Folge des allgemeinen Stimmrechts; 1850 sagte ein französischer Staatsmann: „bei uns entscheidet nur materielle Kraft“. Die Armee haben wir, den Clerus und die Arbeiter werden wir bekommen; was von geistiger Kraft da ist, bedeutet nichts, wie etwa in Deutschland. Das allgemeine Stimmrecht ist die Dictatur der Demokratie. Ihr Gegenteil ist das deutsche Königthum; aber man soll es durch Ausführung so massster Elemente nicht verfälschen.

Graf Bismarck: Das allgemeine Stimmrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen. Die Reichsverfassung enthielt es, wir stellten es im J. 1863 den Bestrebungen Oesterreichs entgegen, und ich kann mir einfach sagen, daß ich kein besseres kenne. Es hat auch seine Mängel, um die vernünftige Volksmeinung vollständig zu photographiren und en miniature wiederzugeben, und die verbündeten Regierungen hängen nicht so an ihm, daß sie nicht ein besseres annehmen würden; aber es ist keines da. Die verbündeten Regierungen haben nicht etwa ein tiefangelegtes Complot gegen die Bourgeoisie mit diesem Wahlgesetze machen wollen, sondern wir nahmen, was vorlag. Was wollen die Herren, die gegen dieses Wahlgesetz sind, an seine Stelle setzen, was der Bevölkerung entspricht, die wir bedienen? Das Dreiklassensystem! Wer seine Wirksamkeit in der Nähe beobachtet hat, der wird mit mir sagen: ein unvollkommenes, elenderes Wahlgesetz hat es nie gegeben, das Alles zusammenwirkt, was nicht zusammengehört und Alles auseinanderreißt, was zusammengehört, das in jeder Commune etwas Anderes bedeutet, das den Einwohnern in die zweite Klasse weist, weil er sieben Silbergroschen weniger Steuer zahlt, als die erste, das in dem einen Wahlort eine erste Wählerklasse schafft, die in dem Nachbarorte die zweite ist. Hätten die Erfinder dieses Systems seine Wirksamkeit gekannt, ich glaube, sie hätten es nicht eingeführt. Eine Härte liegt in jedem Wahlausitus, da wo derselbe abreißt und die Ausschließung anfängt, zu Ungunsten dessen, der die vorgeschriebene Steuer gern zahlen möchte, aber noch nicht so viel erworben hat, um sie zahlen zu können. Ein ständisches Wahlgesetz hat noch Niemand vorgeschlagen. Im Allgemeinen stimme ich der Ansicht bei, daß alle Wahlgesetze unter denselben Beziehungen und Strömungen dasselbe Resultat liefern würden, und bin überzeugt, daß, wenn wir heute auf der Basis des vereinigten Landtages, an die Bedingung des zehnjährigen Grundbesitzes gebunden, gewählt hätten, wie hier ungefähr dieselbe Versammlung haben würden. Erfahrung zeigt nur seit 1847 dieselben parlamentarischen Männer, sie haben nicht gewechselt und ich sehe stets dieselben theils lieben, theils lämpfbereiter Gesichter wieder. (Heiterkeit.) Wenn wir uns in diese Diskussion vertiefen, müßten wir die Bibliotheken der letzten dreißig Jahre durchsprechen. Die indirekten Wahlen sind eine Fälschung der Wahl und der Meinung der

Nation. Von den Halbjahrstufen, die zwischen den Wählern und den Abgeordneten liegen und auf denen durch den zwiesachen Wahlact so viel verloren geht, daß der Wahlmann unter Umständen nur die Hälfte der Wähler plus 1, der Abgeordnete nur die Hälfte der Wählermänner plus 1 und schließlich die Vertretung nur einen Theil der Nation repräsentirt, scheiden wir durch die directe Wahl wenigstens eine dieser Stufen aus. Zum Aufsuchen des Abgeordneten in weiten Kreisen bracht das Volk seine Intelligenz. Auf den Wahlmann wirkt die lokale Agitation und die Gewalterschaft, die allgemeine Wählerschaft zu gewinnen und auf sie zu wirken, dazu bedarf es eines bekannten Namens und einer bedeutenden Erscheinung. Ich habe den Eindruck, daß diese Versammlung ein Zeugnis dafür ablegt und hoffe, daß das hohe Haus für diese indirekte Schmeichelei empfänglich sein wird. (Heiterkeit.) Ein Oberhaus wird jedem Conservativen willkommen sein, in welchem die sitzen, die zu viel zu verlieren haben, als daß sie mit dem Staate experimentieren. England hat eine große Anzahl solcher königlicher, desinteressierter, auf dem sozialen Gebiet satter Existenzen, die Alles haben, was sie wünschen und sich nur noch frei dem Staate widmen können. Wir aber wollten die Verfassungsmaschine nicht noch durch ein viertes Glied complizierter machen, dessen Einschiebung zwischen Bundesrat und Reichstag schwer sein würde. Im Bundesrat sind die einzelnen Staaten als solche vertreten, der König von Preußen als primus inter pares. Den Plan eines Oberhauses, dessen Mitglieder vermehrt werden können, würde ich nie wagen, einem Herrn, wie dem König von Sachsen zu unterbreiten. Unsere Verfassungs-Maschine kann schon durch einen Zwiespalt zwischen Bundesrat und Reichstag zum Stillstehen gebracht werden, wie in jedem Zweikammerystem; das Oberhaus schlägt aber ein Dreikammerystem. — Was die Ausschließung der Beamten betrifft, so ist schon von anderer Seite das Bedenken ausgesprochen worden, daß Beamte zu sehr geneigt sind, der Regierung, der sie dienen, im partikularen Sinne zu secundiren. Für mich ist der Hauptgrund die Gefahr der Erckerung der Disziplin im Beamtenstande. Wir haben in Preußen die Unabsehbarkeit gewisser Kategorien auf der Zeit des unmenschlichen Regiments in das constitutionelle System mit hinübergenommen und die Regierung fühlt sich dadurch gehemmt auf allen Seiten. Ich möchte am wenigsten der Integrität unseres Beamtenstandes, seinem Selbstgefühl bei oft ungünstiger Befoldung zu nahe treten, sondern will lieber die Nebenstände einer gerechten Regierung noch länger extragen. Aber wir bedürfen aller Mittel, um die Disciplina des Standes gegen Lockerung zu schützen. Es verbreitet Unbehagen und beweist, daß etwas im Staate frank sein müsse, wann der Beamte in den öffentlichen Debatten gegen seinen Chef eine Sprache führt, die derselbe Beamte zu wohlerzogen ist, um sie zu Hause gegen seinen Kanzleidienner zu brauchen (Widerspruch links). Ich bin für vollkommenen Freimut im schriftlichen Verkehr des Beamten mit seinem Chef, aber öffentlich darf er mir nicht die Achtung versagen, auf die ich in meiner öffentlichen Siedlung Anspruch habe. — Für die Ausschließung der richterlichen Beamten, die mehrere Verfassungen kennen, spricht der Umstand, daß Parteikämpfe auf die Unabhängigkeit der Richter nicht ohne Einfluß bleiben können. Ich habe darin eigene Erfahrungen gemacht. Während der letzten Jahre wurden mir oftmals Strafgerüchte wegen Bekleidung des preußischen Ministerpräsidenten mit der Anfrage vorgelegt, ob ich ihre Veröffentlichung wünsche. Zuweilen, nicht immer, habe ich sie gelesen und gefunden, daß für Ausdrücke, wie sie ein Handwerker gegen einen andern Handwerker nicht ungestraft gebrauchen darf, auf eine Geldstrafe von 10 Thlr. erkannt worden ist. Für 10 Thlr. hatte Seher die Freiheit mir die schmachvollsten Bekleidungen zu sagen. Zuweilen wurde als mildernder Umstand angeführt, dies Ministerium lange wirklich nichts. (Aushaltende Heiterkeit.) Die Aufrechterhaltung des Art. 21 ist für mich keine Cabinetsfrage; aber es würde mich freuen, wenn entweder das Ammendment des Grafen Schulenburg angenommen oder das andere, das den Zwangsurlaub für Beamte vorscribt, abgelehnt würde.

Abg. Dr. Meyer (Thorn), (für die Vorlage): Ich bin zunächst für die Annahme des allgemeinen direkten Wahlrechts als Grundlage der Verfassung; aber mit geheimer Abstimmung; denn ohne geheime Abstimmung wird es dem Wohle der Nation nicht dienstbar werden, da nur die geheime Abstimmung die Freiheit der Abstimmung sichert. Sodann bin ich aber dafür, daß Art. 2, welches die Wählbarkeit der Beamten ausschließt, gestrichen wird. Hierbei fühle ich mich gedrungen, auf die Worte, die Graf Bismarck gegen den Richterstand gesprochen hat, zu erwidern. Im Gefühle des gewissenhaften Mannes muß ich den preußischen Richterstand gegen die Angriffe in Schutz nehmen, die in den Worten des Grafen Bismarck zwar nicht direkt ausgesprochen, aber doch zwischen den Zeilen in einer nur zu sehr verständlichen oder vielmehr misverständlich Weise ausgedrückt sind. Wenn er aus den Gründen eines Eklemutissus die Folge zieht, es sei erlaubt, für 10 Thaler einem Minister alle Invectiven zu sagen, so bitte ich nur das Eine zu beachten: Wir kannten in unserm politischen Leben an einem falschen Begriff der politischen Bekleidung und der politischen Ehre. Es ist ein großer Unterschied, ob ich einem Privatmann eine Bekleidung sage oder einem Rathe der Krone gegenüber, von dem ich glaube, daß irgend eine seiner Handlungen unehrenwerte Folgen für das Land haben werde. Und an den Erfahrungen, die wir mit den Preßprozessen gemacht haben, ist weniger unser Preßgesetz Schuld, als der Umstand, daß kein gesunder Begriff von demjenigen vorhanden ist, was zur politischen Ehre gehört. Wenn dieser Begriff rectificirt wird, dann werden wir weniger Preßbestrafungen, aber strengere Strafen dafür haben und das ist viel gesunder und viel richtiger. — Das Motiv für den Ausschluß der Beamten scheint jene Herren aus den Erfahrungen der preuß. Vergangenheit genommen zu haben. Es erscheint mir aber nichts unrichtiger, als zu exemplifizieren aus den Erfahrungen der letzten Jahre, und ich hoffe, daß bald die Zeit kommt, wo man sagt: es war eine Ausnahmezeit. Die Indemnität, die den Ministern vom preuß. Abgeordnetenhaus ertheilt worden ist, drückte sich wohl auch bezüglich auf Alles, was sonst vorkommen ist. Hierzu kommt, daß die Beamten der Einzelstaaten im Reichstage ja nicht ihren Rechtheberrn, sondern den Bundesbeamten gegenüberstehen, zu denen sie sonst gar keine Beziehungen haben. Durch den Ausschluß der Beamten würde denselben die gute Schule entzogen, welche sie in den Berathungen des Reichstages finden: außerdem ginge dem Reichstag eine bedeutende Summe von Intelligenz verloren. Wenn die Wähler nicht

recht wissen, wen sie wählen sollen, was, wenn diese Beschränkung angenommen werden sollte, sehr leicht kommen könnte, erhalten wir die sehr bedenkliche Perspektive der Regierungs-Candidaten, die doch sicher nicht geeignet ist, die wirkliche Meinung des Volkes zum Ausdruck zu bringen. — Zum Schlus noch ein Wort an den Abg. v. Vincke-Hagen. Derselbe hat uns früher einen Brief mitgetheilt, worin stand: Der liebe Gott frage Deutschland hin und wieder, ob es bereit sei zur Einigung. Ich erwähne ihm: Vor dieser Macht, glaube ich, giebt es keinen Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, ich glaube, von dieser Macht ist jene Frage an uns alle gestellt.

Abg. Schulze: Das Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist nicht allein ein politisches Prinzip, sondern ein gesellschaftliches im eminentesten Sinne. Die, welche den Census wollen, möchtet ich nur daran erinnern, daß die höchste Steuer, die Blutsteuer durch die allgemeine Wehrpflicht nicht die zahlen, welche am meisten begütert sind. Das Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist das Prinzip der freien Arbeit. Seitdem dies letztere durchgebrungen ist in der Geschichte, ist das erstere eine nothwendige Entwicklung auf dieser Bahn. Nur die vollständige politische Gleichberechtigung ist das einzige berechtigte und wirksame Gegengewicht gegen die sozialistische Gleichmacherei in den äuferen Lebensumständen und insofern das conservativste Element, und erst eingeführt, ist sie nur schwer wieder abzuschaffen. Wir sind allerdings etwas plötzlich in diese Lage gekommen; aber wir nehmen diese Thatsache ruhig hin, und auch freudig, wenn sie auch zur Zeit eine scheinbar ungünstige Folge für uns gehabt hat. Denn wir haben den besten Glauben an dies echt demokratische Prinzip, wir haben festen Glauben an den Geist des deutschen Volkes, welcher die durchaus undemokratische Institution einer demokratischen Diktatur, die im Widerspruch mit sich selbst steht, ganz entschieden für unverträglich halten wird; und ich möchte dieselbe im Namen der Demokratie entschieden ablehnen. (Beifall links.) Es ist nun viel von Correctiven gegen das allgemeine Wahlrecht gesprochen worden; ich meine, ein berechtigtes geschichtliches Prinzip trägt das Correctiv in sich selbst. Man gebe dem Prinzip die volle Freiheit, um sich geltend machen zu können, und reise es nicht herans aus einem ganzen System staatlicher Einrichtungen, zu denen es gehört, dann braucht man um die Folgen auch nicht besorgt zu sein. Jetzt fehlen alle Hilfsmittel zum wahren Ausdruck derselben: die freie Presse, das Vereinsrecht etc., deshalb können wir auch über den jetzigen Ausfall ruhig hinwegsehen in die Zukunft; einmal auf die Tagesordnung gesetzt, wird das Prinzip sich selbstwillig entwickeln und gewiß nicht dem Streben, abgelebte Staatsformen und Anschauungen wieder etwas aufzufrischen, auf die Länge zu Diensten stehen. (Beifall links.) — Die passive Wahlberechtigung antasten, wie es in dem Entwurf geschieht, heißt übrigens das Recht ganz zerstören; nicht minder geschieht dies durch die Verweigerung der Diäten, indem man durch solche Verkürzungen gehindert wird, den zu wählen, dem man Vertrauen schenkt. Wollen jene Herren das allgemeine Wahlrecht nicht, nun gut, so hülle man die Sache nicht ein, sondern sage es geradezu, daß man einen Census haben will (Beifall); jetzt sagen Sie aber nicht, was Sie wollen; glücklicherweise ist indeß die politische Einsicht unseres Volkes schon so weit gediehen, daß es recht gut weiß, was Sie wollen, so daß Sie wohl schwerlich zu Ihrem Zwecke kommen werden. (Beifall.) Noch wunderbarer klingt das Amendement Schubelburg: „Die Richter und Geistlichen auszuschließen.“ Wenngleichst ist da das Motiv auf den ersten Blick klar; man will nur die Executivbeamten, die den Departementschefs überall willig zur Seite stehen, ins Parlament schicken, während man den unabhängigen Beamten den Eintritt verwehrt. Dem Hrn. Ministerpräsidenten möchte ich nur bemerken, daß der preuß. Richterstand im Lande durch zu milde Erkenntnisse in politischen Prozessen gewiß nichts von seiner Autorität und seinem Ansehen eingebüßt hat; es dürfte wohl eher eine Schädigung des richterlichen Ansehens in den Erkenntnissen gefunden werden, die seiner Zeit im preußischen Abgeordnetenhaus besprochen worden sind.

Der Antrag Sachariae (Errichtung eines Oberhauses) wird abgelehnt; dafür stimmen nur circa 15 Mitglieder, Hannoveraner und Sachsen; das Amendement Brünneck wird gleichfalls abgelehnt; dafür stimmen nur die Abg. v. Vincke und v. Below; abgelehnt werden ferner noch mehrere andere Amendemente. Angenommen wird dagegen das Amendement Fries (geheime Abstimmung); dafür stimmen auch die Abg. Prinz Friedrich Karl, Vogel v. Falkenstein, v. Moltke; dagegen stimmt mit den Ultra-Conservativen Abg. v. Vincke (Hagen); darauf wird Alinea I. mit dem Amendement Fries mit großer Majorität angenommen; dagegen stimmt wieder der Abg. v. Vincke (Hagen). — Sobann wird das Amendement Henckel von Donnersmark (Wählbarkeit der Beamten) angenommen; dafür die Linke, die National-Liberale, die freie parlamentarische Vereinigung, fast sämtliche außerpatriotische Abgeordnete, ein Theil der Liberalen und Conservativen; dagegen nur die Ultra-Conservativen in Gemeinschaft einzelner Alliberale, u. a. die Abg. v. Vincke (Hagen) und Dunder (Halle). Sobann wird der ganze § 21 mit den beschlossenen Änderungen mit großer Majorität angenommen; dagegen nur einige Conservativen mit dem Abg. v. Vincke (Hagen). — Nächste Sitzung Freitag.

Berlin, 28. März. Die "B.-u. S.-B." schreibt: Nach Mittheilungen von guter Hand können wir frühere Nachrichten über die luxemburgische Angelegenheit nur bestätigen. Unsere Regierung nimmt die Sache durchaus ernst, und alle Berichte französischer Blätter, wonach Preußen sich sehr geeignet zeige, Frankreich in der Erwerbung des Großherzogtums nicht entgegenzusehen, sind durchaus unrichtig. Frankreich hat es noch in der Hand, den Conflict, der sich bis zu unabsehbaren Dimensionen aus dieser Sache entspinnen könnte, zu vermeiden, denn bis jetzt ist, wie uns gleichfalls glaubhaft verichert wird, noch keinerlei bindende Abmachung zwischen Frankreich und den Niederlanden zu Stande gekommen.

Der "Wes.-Btg." wird telegraphirt: "Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Initiative zu den bisher vertraulichen Verhandlungen zwischen Holland und Frankreich in Bezug auf die Abtretung Luxemburgs an Frankreich vom König von Holland ausgegangen sei. Alles, was über die Intention Frankreichs und über die eventuelle Haltung Preußens bekannt ist, scheint die Befürchtung jeder ernsteren Entwicklung in dieser Angelegenheit auszuschließen."

Dem Kriegsminister, v. Roon und dem General

v. Moltke soll außer der ihnen zu Theil gewordenen Dotations noch die Erhebung in den Grafenstand zugesetzt sein. (Publ.)

— Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat sich Preußen dem von Russland, Österreich und Frankreich in Konstantinopel gethanen Schritt angeschlossen, d. h. es hat nunmehr ebensoviel der Pforte den Rath erhoben, die Insel Candia an Griechenland abzutreten. (B.-u. S.-B.)

— Man glaubt, die Exkönigin Marie von Hannover fühle sich in Folge der ihr von Berlin zugekommenen deutlichen Winke veranlaßt, die Marienburg zu verlassen und sich an die Seite ihres Gatten nach Wien zu begeben. (Publ.)

— In diesen Tagen hat hier eine Conferenz der Interessenten des Thorn-Bartensteiner Eisenbahn-Projects stattgefunden. Die Stadt Thorn war bei derselben durch ein Magistrats-Mitglied, Hrn. Hoppe, offiziell vertreten. Die Verhandlungen haben, so viel wir erfahren, zwar noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt, doch ist, so weit das von den in der Conferenz vertreten gewesenen Communen und Kreisen abhängt, eine Verständigung erfolgt, die erwarten läßt, daß das Unternehmen fortgesetzt ernstlich betrieben werden wird. (B.-u. S.-B.)

— (N. A. B.) Die preußische Regierung hat bei der französischen Regierung beantragt, in den Passchereien an der französischen Grenze — im Hinblick auf den durch die Ausstellung zu erwartenden lebhaften Personenverkehr, Erleichterungen eintreten zu lassen. Leider hat die französische Regierung auf diesen Antrag aus polizeilichen Gründen nicht eingehen zu können erklärt, obgleich sie im März 1861 bei der damals in Paris stattgehabten Ausstellung Passerleichterungen genehmigt hatte.

— In Folge der bekannten, in Weichselachsen kürzlich ergangenen Entscheidung des Königlichen Obertribunals sollen, nach Anweisung des Königlich preußischen Haupt-Bant-Directoriums, häufig alle im Besitz der Hauptbank und der Filial-Anstalten befindlichen Wechsel, welche an einem Sonnabend oder dem Vorlage eines Feiertags verfallen, unter allen Umständen noch am Zahlungstage dem Notar zur Einholung des Protestes übergeben werden.

England. London. Im Unterhause zeigte Sir J. Walington an, daß er am Donnerstag bei Leistung der Meuterei-Bill anstatt der die körperliche Blödigung betreffenden Klausel eine neue vorschlagen werde (Hört!), betreffend erstens die Anwendung der Leibesstrafe in Friedenszeiten auf drei Vergehen: Meuterei, Insubordination mit erschwerenden Umständen und schwachsinniges Benehmen unzüglicher Art zu beschränken (Hört!); zweitens die Soldaten in eine erste und eine zweite Klasse zutheilen, so daß ein Soldat erster Klasse in keinem Falle der körperlichen Blödigung unterworfen sein soll. (Cheers.)

Danzig, den 29. März.

\* [Sitzung der Altesten der Kaufmannschaft am 28. März.] Die Handelskammer zu Leer hat die Aufmerksamkeit des Collegium auf den Art. 31 des Verfassungsentwurfs für den Norddeutschen Bund gelenkt, nach welchem Elbed, Bremen und Hamburg Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze im Norddeutschen Bunde bleiben sollen. Die Handelskammer würde in dieser Stellung der bezeichneten Städte ein Privilegium erblicken, durch welches der Handel der übrigen Häfen des Norddeutschen Bundes auf deren nächste Umgebung beschränkt werden würde, wenn jenen Städten neben der Freihafenstellung zugleich die Vortheile von Zollabfertigungsstellen gewährt würden. Die Handelskammer hält es daher für der Billigkeit gemäß, daß dieser Handelsplatz die Alternative gestellt werde, entweder ganz dem Zollvereine beizutreten, oder ihre Ausnahmestellung zu bewahren, für welchen letzteren Fall dann die Zollschranken an deren Grenzen aufgerichtet werden müßten, und fordert das Collegium auf, gemeinschaftlich mit anderen Handelsvorständen beim Norddeutschen Reichstage in diesem Sinne vorstellig zu werden. Das Collegium hat zur Vorbereitung dieser Angelegenheit eine Commission ernannt. — Im Juni v. J. hatte das Collegium an den Herrn Handelsminister eine Vorstellung wegen Wiedereinführung des Nacht Dienstes auf der hiesigen Telegraphenstation gerichtet, war jedoch dahin beschieden worden, daß zu dem damaligen Zeitpunkte wegen Mangels an disponiblen Telegraphenbeamten davon Abstand genommen werden müßte, diesem Antrage zu entsprechen. Das Collegium hat beschlossen, den Antrag bei der Ober-Telegraphen-Inspection jetzt von Neuem zu stellen.

\* [Concert.] Die Musik zeigt sich nicht selten als versöhnendes Element dem angeborenen Unglück gegenüber. Sie vermag die Nacht des Blinden zu erhellen und das Erscheinen von Virtuosen, welche des Augenlichtes beraubt sind, ist ziemlich häufig. Dagegen dürfte der Fall, daß ein ohne Arme geborener junger Mann der ausschließenden Kunst Früchte abzugewinnen sucht, wohl vereinzelt dastehen. Hr. Untchan hat sich bereits wiederholentlich im Selon'schen Etablissement als Violinspieler hören lassen und mit seinen Productionen Beifall gefunden. Die Geschicklichkeit der Arme und Finger wird bei ihm durch die Füße und Beine erweitert. Er hat die Geige vor sich auf einer Bank, bewirkt die Griffe mit den Beinen des rechten Fusses und führt den Bogen mit dem linken Füße. Eine Abnormalität, welche dem glücklichen Besitzer gesunder Arme natürlich unbegreiflich ist. Herr Untchan, aus unserer Provinz gebürtig, ist ein Schüler des Concertmeisters Herrn Schuster in Königsberg. Welches Maß von Geduld und Mühe ist hier bei dem Lehrer wie bei dem Schüler in Anspruch genommen worden! Natürlich wird man an ein Geigenspiel dieser Art keine großen Anforderungen stellen, aber die Leistungen sind in Betracht der kümmerlichen Mittel ganz erfreulich und zeugen von Talent. Die Piecen, welche Hr. U. ausführt, sind von einfacher Art, aber unter den vorliegenden Umständen ist selbst eine einfache Melodie mit bescheidenem Variationenschluß schon eine That der Virtuosität. Möchte denn der vom Schicksal schwer heimgesuchte junge Mann überall ein recht freundliches Entgegenkommen finden. M.

\* In der am 1. April d.J. unter dem Vorsitz des Hrn. Stadt- und Kreisgerichtsraths Hahn beginnenden diesjährigen zweiten Schwurgerichtsperiode werden nachstehende Anklagesachen zur Verhandlung kommen: 1) am 1. April wider a) den Arbeiter A. Berger in Borgfeld wegen versuchter Brandstiftung; Vertheid. J.-R. Weiß; — b) den Colporteur J. F. Bendkowski von hier wegen Urkundfälschung und 2 Unterschlagungen; Vertheid. J.-R. Weiß; — 2) am 2. April wider den Müllergesellen H. R. Karowski und den Geschäfts-Commissionair A. J. Boblik von hier wegen zweier Wechselseitigkeiten resp. Theilnahme daran; Vertheid. R. A. Lindner, J.-R. Voelz; — 3) am 3. April wider den Maurergesellen Ch. Hallmann in El. Boekau wegen versuchter Brandstiftung; Vertheid.

J.-R. Weiß; — 4) am 4. April wider den Arbeiter J. M. Bielski, Fischer J. Fischer, R. Heike, G. Heike, Eigentümer G. Krause, Einwohner W. Schlimm, Arbeiter J. Stein und Einwohner G. Wendl aus Bodenwinkel, wegen Aufzugs mit Gewaltsamkeit an Personen und erheblicher Körperverletzung; Vertheid. J.-R. Poßmann; — 5) am 5. April wider den Knecht J. Baranowski und Bäckergesellen R. G. Schliff in Pelsaken wegen Bornahme unzüglicher Handlungen mit einer Person unter 14 Jahren; Vertheid. R. A. Lindner und J.-R. Bluhm; — wider die unverehel. Auguste Behrend und wider den Hausschneid J. K. Dogli wegen schweren Diebstahls im Rückfalle; Vertheid. J.-R. Bluhm; — 6) am 6. April wider den Hofbesitzer G. Wiebe in Göttsowald wegen Notzucht; Vertheid. J.-R. Liebert; — wider die unverehel. J. Bocha in Czehoczyn wegen Mordes; Vertheid. J.-R. Liebert; — 7) am 8. April wider den Arbeiter G. Krause in Moisitz wegen versuchter Todtschlags; Vertheid. J.-R. Liebert; — 8) am 9. April wider den Kaufmann S. R. Schulz hier wegen Bornahme unzüglicher Handlungen mit Personen unter 14 Jahren; Vertheid. J.-R. Poßmann; — 9) am 10. April wider die Arbeiter J. L. Schulz und Gd. Trautmann in Neusahr wegen Raubs und Erpressung; Vertheid. R. A. Lipke; — 10) am 11./12. April wider die Eigentümer Johann Richert'schen Geleute in Quaschin wegen Mordes; Vertheid. J.-R. Breitenbach und Walter.

\* [Consumvereine.] Allen denen, die sich für die Consumvereine interessiren, namentlich allen denen, die bei solchen Vereinen betheiligt und thätig sind, empfehlen wir das kürzlich erschienene Schriftwerk: „Die Consumvereine, ein Not- und Hilfsbuch für deren Gründung und Einrichtung von Eugen Richter. Berlin. Franz Duncker.“ Das Buchlein bringt in 12 Kapiteln: Die Geschichte der Consumvereine in England; deren Wesen und Bedeutung derselben; die Bildung von Consumvereinen in Deutschland; ihr Wesen und ihre Bedeutung in Deutschland; die Gründung eines Consumvereins; einen Statuten-Entwurf; Arten und Gegenstände des Geschäftsbetriebes; Einrichtung des Geschäfts und Capitalbeschaffung; Waarenbezug; Waarenvertheilung, Kassen- und Buchführungen; Geschäftsführung.

\* [Traject über die Weichsel.] Bei Terespol. Culm per Kahn nur bei Tage; bei Warlubien-Brandenb. per Kahn nur bei Tage; bei Czerwinst-Marienwerder unterbrochen.

\* [Berichtigung.] In dem im gestrigen Abendblatt mitgetheilten Berichte des Hrn. Damme über den Hauptetat bitten wir Seite 3, Zeile 45 von unten statt „Demnach“ zu lesen: „Dennoch.“

\*\* Dirschau, 29. März. Gestern Nachmittags 1½ Uhr kam das Eis der Weichsel bei Dirschau in Bewegung bei 12' Wasserstand. Da sich in der Weichsel aufwärts nur noch Eis bis zum Nogat-Canal befand, alles obere Eis bereits ab durch die Nogat abgegangen war, so dauerte der Eissgang bei Dirschau nur von 1½ bis 4 Uhr Nachmittags. Während des Verlaufs dieses kurzen Eissangs fiel das Wasser bis auf 9 Fuß am Pegel und ist bis jetzt auf diesem Pegelstand geblieben. Die vielen bei Dirschau liegenden Kähne sind ohne Beschädigung davon gekommen; nur sind einige festgetroddet bei dem schnellen Absinken des Wassers. Dieselben werden jedoch bald wieder loskommen, da in Warschau das Wasser noch bis auf 9' 7" am Pegel gestiegen ist.

\* Marienburg, 27. März. Der Eissgang auf der Nogat begann gestern Abend um 7½ Uhr Abends, blieb um 11—11½ Uhr Nachts stehen, kam dann wieder in Bewegung und ist jetzt im regelmäßigen Verlaufe. Der Wasserstand war am 26. Abends 7 4/5 Uhr 10' 6", um 11 Uhr 14' um 1 Uhr 12' 6", um 5 Uhr heute Morgens 10' 10".

Graudenz, 27. März. (G.) Der dritte diesjährige Eissgang der Weichsel ist im besten Gange. Gestern Nachmittag trieb das Eis so stark, daß an ein Durchkommen mit Kähnen nicht zu denken war, die Posten blieben deshalb wieder ans, und heute erst gelangten wir in Besitz der bereits etwas abgestandenen Zeitungsneuigkeiten von vorgestern. Hoffentlich war diese Passagestörung die letzte in diesem Winter, welcher durch seinen habitualen Eissgang fast während seiner ganzen Dauer die geregelte Verbindung mit der Ostbahn gestört hat.

Bermischtes.

Eisenach, 23. März. Der Gerichtshof hat den vormaligen Director der weimarschen Bank, W. Poite, zu vier Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Es handelt sich um Beträgerien im Betrag von 113.000 R.

Nordendepesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. März. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Letzter Gr.	Zugter Gr.
Roggenslaubn.	Oktpr. 8½% Pfandbr. 78
Ieo.	56½ 56½ Westpr. 3½% da. 77
März	57 57 do. 4% do. — 84½
Fruhjahr	55½ 56½ Pomarden 110½ 110½
Rübbel März	11½ 11½ Destr. National-Ant. 55 55
Syndicat März	17½ 17½ Russ. Banknoten 81½ 81½
5½ Pr. Anteile	108½ 108½ Danzig. Priv.-B.-Act. 111½ 111½
4½% do.	100 100 6% Amerikaner 78½ 78½
Staatschuldch.	88½ 88½ Wechselcours London — 6,23½

Börsebörse fest.

Danzig, den 29. März. Bahnpreise. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 R. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97½ Gr.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 R. von 98/100 — 102/104 — 105/107 Gr. jetzt 88 R.

Zoggen 120 — 122 — 124 — 126 R. von 59½ — 60½ — 61½ — 62½ Gr. jetzt 81½ R.

Erbse 57/60 — 62/64 Gr. jetzt 90 R.

Gerste, kleine 98/100 — 103/4 — 105/6 — 108 R. von 46/47 — 48/50 — 51/52 — 53½ Gr. große 105/108 — 110/112 — 115 R. von 51/52 — 53/54 — 55 Gr.

Hafser 30 — 32 R. jetzt 50 R.

Spiritus 16½ R. jetzt 8000% Tr.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind: Süd. — Für Weizen bei geringer Befuhr eben so geringe Kauflust heute. Umsatz nur 40 Lasten, Preise gebrückt. Beigogen 120, 122, 123/48 R. 515, 525, 540, bunt 123/48 R. 560, 580, hellbunt 124/5, 125/6 R. 610, 127/8, 129/30 R. 620, 625 R. 5100 R. — Roggen fest, 119/20 R. 354, 123 R. 366 R. 4910 R. — Umsatz 15 Lasten; gestern sind 25 Lasten April-Mai à R. 350 gehandelt. — Weiße Erbsen R. 354 R. 5400 R. — Spiritus 16½ R.

Berantwortlicher Redakteur: S. Ritter in Danzig.

Die "Vossische Zeitung" vom 24. März schreibt:

So eben ist hier ein außerordentlich schönes Medaillon - Bild Sr. M. des Königs Wilhelm I. erschienen. Dasselbe ist von einem der bedeutendsten Künstler Süddeutschlands, Herrn Siebenpfeiffer, eben so treffend als in geschmack

Unsere gestern vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch ergebenst an.  
F. W. Lehmann,  
Johanna Lehmann,  
geb. Käfer.

Danzig, den 29. März 1867. (10441)

Heute Vormittags 11 Uhr wurde meine liebe Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.

Neuteich, den 28. März 1867.  
(10411) Otto Doering.

Nachdem er lange und schwer gelitten, ent- schied gestern Abends sanft der Kreisstaator Moritz Pfeffer. Dies betrübt zeigen dies an die Hinterbliebenen.

Danzig, den 29. März 1867. (10434)

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit an Alterschwäche im 90. Lebensjahr unsere liebe Schwester, Tante, Großtante und Urgroßtante, Frau

Charlotte Andrae, geb. Krause, welches hiermit tief betrübt statt besonderer Meldung allen Freunden und Bekannten anzeigen  
(10432) die Hinterbliebenen.

#### Berichtigung.

Aus Versehen der Druckerei wurde in der gestrigen Abendausgabe dieser Zeitung die Anzeige betr. den „notwendigen Verlauf der den Erben des Friedrich Jacob Ludwig Schmidt in Klein- und Groß-Waldorf gehörigen Grundstücke“ wieder inserirt; die Substaation ist aber durch Verfügung des hiesigen Agl. Stadt- und Kreisgerichts d. 15. Februar c. (siehe No. 4087 d. J.) aufgehoben und der am 23. Mai c. anberaumte Bietungstermin als fortfallend erklärt worden.

#### Parlamentswahlen.

Am Sonntag, den 31. März c.,  
Vormittags 11 Uhr,

findet  
im großen Saale  
des Schuhhauses  
eine Vorberathung über die am Montag stattfindende Wahl statt, zu welcher wir die liberalen Wähler einladen.

Das Wahlcomité  
der Wählerversammlung v. 5. März c.  
Albowstl. Andro. Augstein. Böhm. Barnit.  
Benedix. Borsche. J. Brandt. F. Brandt.  
Cunow. Düring. Drewitz. Devrient. H. v. Dürrn.  
J. Giesecke. Grundt. Gurski. Hartwig.

L. Hoemken. B. Haufmann. Dr. Hein. Holz.  
M. A. Hoffe. Hopp. Jänsch. Jakobowski.  
Janzen. Kloß. Kuhl. J. C. Krüger. Joh. Krause.  
Krent. J. W. v. Kampe. Koch. J. A. Krüger.  
Liebert. Lippe. v. d. Lippe. Liegnitz. Liez.  
Lemberg. Liebau. G. Lichett. C. L. Meyer.  
A. Nomer. J. Nomer. Ad. Meyer.  
Pb. Merten. S. Möller. Matto. Mellien.  
Neuenborn. Niedball. Niedball jun. Nöbel.  
H. Nöbel. Ollendorf. Paninski. Dr. Winko.  
A. Prina. Preuß. H. Riedert. Niemec. Rohloff.  
Radewald. de la Ro. Sachwe. H. Schneider.  
J. C. Schwarz. Spalding. Schulz. Sieloff.  
Dr. Semon. Dr. Stein. C. Schmidt. Schottler.  
Schönke. H. Stobbe. Schwarze. Speer.  
Storla. Stahl. J. Schwarz. Timm. de Beer.  
Behlow. Bergien. Witt. Wulsdorff. J. H. Wolff.  
Weiß. M. J. Zander. Ziegler. Zimmermann.

Von heute ab  
feinste Tischbutter,  
pro Pfund 9 Gr., bei  
(10438) W. J. Schulz, Langgasse 54.

#### Eingelegte Früchte zu Compots, als:

Aprikosen, Pfirsiche, Ananas - Erdbeeren, rothe und weiße Birnen, Chinois, ausgesteinte Kirchen, Reineclauden, Mirabellen und Pflaumen, sowie alle Sorten Gelées in kleinen Gläsern empfiehlt zu herabgesetzten billigen Preisen  
(10437) W. J. Schulz, Langgasse 54.

Vorzügliches Möbelwachs,  
zum Aufpolieren der Möbel, à Pfld. 12 Gr., empfiehlt P. Hermann, Kohlengasse 1. (10442)

Täglich frischer und geräucherter

Lachs,  
so wie frisch zubereitet  
(10425)

Caviar  
ist zu haben bei S. Möller, Breitgasse 44.

Bon Mauersteinen billiger Verkauf Brodbantengasse 5, im Comtoir. (10427)

Großes Möbelführwerk,  
Instrumenten- und Reiseführwerk empfiehlt  
E. Heilmann, Wme., Heiligegeistg. 102.

Chester-Käse, prima Schweizer-Käse, Edamer Käse, holl. Süßmilch-Käse, Limburger Käse, Brie-Käse, Bayerischen Schweizer-Käse, Gulmier Sahnen-Käse, Holsteiner Frühstück-Käse, Schweizer Kräuter-Käse, alten Werder-Käse, fromage de Neufchâtel, fromage de Camembert, fromage Mont d'or empfiehlt  
(10429)

A. Fast, Langenmarkt 34.

Algier. Blumenkohl, frische Karoffeln, Kopf-Salat, Hamburger Rauhreis, Gothaer Cervelat-Burst, Räucherlachs, Afrachaner Caviar, Pumpernickel empfiehlt

A. Fast, Langenmarkt 34.

#### Culmer Credit-Gesellschaft T. G. Kirstein & Co.

in Culm.

Die ordentliche General-Versammlung unserer Actionäre findet Sonnabend den 30. März c., Nachmittags 3 Uhr, im Saale des „Schwarzen Adler“ hier selbst statt.

Tagesordnung:

- Bericht des Aufsichtsraths.
- Bericht des persönlich haftenden Gesellschafters über die Lage des Geschäfts unter Vorlegung der Bilanz.
- Wahl zweier statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths.
- Wahl einer Commission von drei Mitgliedern zur Prüfung und Decharge der Bilanz, der Bücher und der Rechnung.
- Verathung und Beschlussfassung über etwaige Anträge, welche vor der General-Versammlung angemeldet werden.

Nur die Inhaber der Actionen sind nach § 10 der Statuten stimmberechtigt. Der Aufsichtsrath der Gesellschaft wird von 2 Uhr ab am Versammlungstage im obigen Locale anwesend sein, um die Stimmberechtigung der Actionäre nach Maßgabe der von denselben zu präsentirenden Actionen festzustellen.

Abwesende können sich durch Mandatare aus der Zahl der Commanditisten und zwar auf Grund einer privaten Vollmacht vertreten lassen.

Die General-Versammlung ist beschlußfähig, wenn in derselben die Hälfte des Aktienkapitals und ein Drittel der Stimmen vertreten sind.

Die auf 7 % proprie Dividende kann vom 1. April c. ab im Geschäftslotau unserer Gesellschaft gegen Einlieferung der Dividendenscheine pro 1866 in Empfang genommen werden

Culm, den 22. März 1867. (10424)

Die mit vielen Neuheiten ausgestattete Musterkarte für Sonnenschirme liegt jetzt mit fester Preisberechnung zur gefälligen Auswahl bereit und werden Beziehe wie Reparaturen aufs schnellste ausgeführt in der Schirmfabrik von F. W. Döhlner, Sopengasse 35.

N.B. Das Schirmklager erhält jetzt täglich neuen Zuwachs und ist eine Partie älterer Schirme zum Ausverkauf gestellt.  
(10387)

In dem schönen Fischenthal bei Danzig ist ein Garten-Grundstück (rentables) zu verkaufen. A.d. werden unter No. 10410 in der Exped. d. Z. erbeten.

60 Etr. Seradella-Samen in vorzüglicher Qualität, für dessen Keimfähigkeit Garantie geleistet wird, ist pro Etr. 7 Thlr. zu haben loco Gut Grzybaw bei Berent.  
(10413)

Neue prachtvolle Gardinenzeuge in gek. Tüll, Mull, Filzchée, Gaze, à 4 Gr., 5 Gr., 7 Gr. und 10 Gr., empfiehlt in beliebter Güte  
(10402) Philipp Cohn, Heil. Gestig. No. 117.

800 veredelte Obstbäume, 1-2" stark, welche an nassen Boden gewöhnt sind, überläßt zu billigen Preisen der Lehrer Gast zu Glabisch, Danz. Rehrung.  
(10373)

Fine Besitzung von 600-800 Mg. magd. wird sogleich oder später unter annehmbaren Bedingungen zu pachten gefucht. Adressen unter 10399 in der Exped. d. Ztg. einzureichen.

Gut s. Verkauf.  
Ein Gut von 1168 Morgen groß, Weizen-Boden, davon 210 Morgen 1½mächtige Weizen, das übrige alles Ackerland; Aussaat 100 Morg. Weizen, 150 Morg. Roggen, 30 Morg. Rüben. Inventarium ganz vollständig mit 750 Schafen, Gebäude neu, soll für den Preis von 67.000 Thlr. bei 20.000 Thlr. Anzahlung verkauft werden. Alles Nähere bei F. A. Döschner, Heil. Gestigasse No. 92.  
(10415)

Ein kleiner Rest alter Portwein ist flaschenweise billig zu verkaufen Langenmarkt No. 25.  
(10417)

1 maf. Grundstück mit einem Doppelkeller (Geschäftshaus), auf dem Holzmarkt gelegen, ist aus freier Hand zu verkaufen. Meldungen werden unter No. 10409 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein zuverlässiger, mit guten Zeugnissen verschener und in schriftlichen Arbeiten bewandter Mann sucht Beschäftigung. Adressen werden unter 10400 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

4000 Thlr. eines Dritten auf ein ganz neu erbautes massives Grundstück zur 1. Stelle gesucht. Wert 11.000 Thlr. A.d. unter No. 10428 in der Exped. d. Zeitung.

Jede Art v. Geldgeschäften wird schleunigst besorgt durch  
(10388) P. Pianowski, Poggendorf 22.

Langenmarkt 7 ist eine Comptoir-Einrichtung zu ver.  
(10418) Freitag und Sonnabend Fischessen.

Freitag und Sonnabend Fischessen.  
(10418) Woyzuk, Hundehalle.

Gewerbe-Verein.

Sonntag, den 31. d. M., und Dienstag, den 2. April, wird Mr. W. Finn für die Mitglieder unseres Vereins in unserm großen Saale eine Vorstellung geben.

Billets à 2½ Gr. sind Sonnabend bei Hrn. Kutschbach gegen Vorzeigung der Erkennungskarte zu haben. Des Raumes wegen kann jedoch jedes Mitglied für jeden Abend nur 2 Billets erhalten. Anfang 7 Uhr.  
(10426)

Der Vorstand.

Gartenbau-Verein.

Montag, den 1. April c., Abends 7 Uhr, Monats-Versammlung, Frauengasse 26.

Tagesordnung: Bericht der Commission zum Stiftungsfest, Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.  
(10440)

Verein junger Kaufleute.

Außerordentliche General-Versammlung Sonnabend, den 30. d. M., Abends 7 Uhr.

Antrag auf Auflösung des Vereins.  
(10376)

Der Vorstand.

Danziger Stadttheater.

Sonnabend, den 30. März (120. Abonnement). Don Juan. Große Oper in 2 Acten. Könige die gebrüte Direction des Stadttheaters nicht Hrn. A. Köder verlassen, in dem Lustspiele von Rod. Benedix: „Die jährlichen Verwandten“ aufzutreten? —

Könnte es die Direction des Stadttheaters nicht ermöglichen, die neue Oper „Aus bewegter Zeit“ bis Sonntag zur Aufführung kommen zu lassen? Mehrere Theaterfreunde.

A. I. Kann abgeholt werden.  
(10348)

Der Deconom Herr Radke, früher in Senslau b. Hohenstein, wird ersucht, zur Ausgleichung seines Contos seine jetzige Adresse anzugeben.

H. Schmukal,  
(10424) Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kastenmann in Danzig  
Hierzu eine Beilage.

#### Holz-Auction.

Circa 8000 Fuß 3zoll. sichtene Bohlen in Längen von 12 bis 45 Fuß,

1000	2	:	dito	12	bis	30
1000	1½	:	Dielen	12	bis	45
1000	1	:	dito			
1000	1	:	eichene Dielen,			
1000	1½	:	dito			
500		:	eschene Bohlen,			
200		:	lindene dito			
200		:	stücke sichtene Mauerlaten			

sollen für betreffende Rechnung  
(10439)

Dienstag, den 2. April c., Vormittags 10 Uhr,  
auf dem ehemals Skorkaschen Holzfelde, vor dem Leegenthore an der rothen Brücke, durch Auction verkauft werden.

Der Zahlungstermin wird bei der Auction bekannt gemacht werden.  
Hauptsächlich den Herren Bauunternehmern wird diese Gelegenheit zum vortheilhaftesten Einkauf empfohlen.  
Nothwanger, Auctionator.

#### Thuringia,

#### Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt.

Grund-Capital 3.000.000 Mk., wovon 2.243.000 Mk. begeben:

- Feuerversicherungen aller Art;
- Lebensversicherungen, namentlich Lebenscapital-, Librenten- und Passagier-Versicherungen, leichter für Reisen aller Art, so wie Versicherungen zur Versorgung der Kinder;
- Transportversicherungen auf Waarentransporte per Fluss, Eisenbahn oder Frachtwagen.

Anträge nehmen entgegen und ertheilen nähere Auskunft die Agenten:

Secretär Sielaff in Ohra No. 274 (Danzig, Fleischergasse 88),  
Fr. Szerszputowski in Danzig, Reitbahn 13,  
G. Rudenitz in Danzig, Altstadt, Graben 103,  
H. Bober & Co. in Elbing,  
Robert Knoch in Elbing,  
J. Rosenberg in Marienburg,  
Actuar Th. Karlewski in Stuhm,  
Rendant Weber in Christburg,  
G. Schilling in Berent,  
Ed. Brandt in Rosenberg,  
Lehrer Nehner in Dt. Eylau.  
(10407)

#### Die Haupt-Agentur: Biber & Henkler,

Danzig, Brodbantengasse 13.

#### Das Möbel-, Spiegel und Polster-Waren-Magazin

(4. Damm No. 13)

von A. Gohrband, vormalz A. Giesebrécht, empfiehlt seinen Vorrath der modernsten Möbel aller Art in Mahagoni, Birken, Eichen und geschnittenen Arbeiten in vorzüglichster Qualität zu soliden Preisen.

Auf Verlangen werden ganze Garnituren nach genauen Bestimmungen übernommen und aufs Prunklichste und Reeleste ausgeführt.

#### Das Sarq-Magazin,

4. Damm No. 13,

empfiehlt seinen Vorrath von eichenen, eschenen und fichtenen Särgen in allen Größen zu ganz soliden Preisen.  
(10326)

#### A. Gohrband.

Eine junge gebildete Dame oder Schulkinder finden bei mir freundliche Aufnahme.  
(10435)

M. Süsse, Hundegasse 21, 2 Tr.

# Beilage zu No. 4157 der Danziger Zeitung.

Freitag, den 29. März 1867.

## Abonnement-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnierten bitten wir, bei dem bevorstehenden Wechsel des Quartals die Bestellungen auf die

## Danziger Zeitung

rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementpreis beträgt für die mit der Post zu versendenen Exemplare pro II. Quartal 1 R. 20 Gros. (mit Steuer und Post-Provision); für Danzig incl. Bringerlohn beider Ausgaben 1 R. 22½ Gros. Außer in der Expedition, Kettnerhager-Gasse 4, kann die Zeitung zum Preise von 1 R. 15 Gros abgeholt werden:

4. Damm Nr. 4 bei Hrn. Apotheker v. d. Lippe, Langgarten Nr. 102 bei Hrn. Gustav N. van Döhren, Kohlenstraße Nr. 1 bei Hrn. P. Herrmann, Lekadié Nr. 25 bei Hrn. Spediteur Herrn. Müller, Paradiesgasse Nr. 20 bei Hrn. Gustav Böttcher, Poggendorf Nr. 8 bei Hrn. Wilhelm Arndt, Neugarten Nr. 14 bei Hrn. Apotheker Schleusener, Langgasse Nr. 83 bei Hrn. Franz Feichtmayer.

Expedition der Danziger Zeitung,  
Kettnerhagergasse Nr. 4.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergräßt geruht: Dem General-Arzt a. D. Dr. Elsholtz, bisher Sub-Director des med.-chirurg. Friedrich-Wilh.-Instituts, den R. Kronen-Orden 3. Klasse zu verleihen; den bisherigen Finanz-Rath Houth-Weber in Hannover zum Ob.-Reg.-Rath und den bisherigen Ober-Zoll-Rath Gommann daselbst zum Regierungs-Rath zu ernennen, dem letzteren auch den Charakter als Geh. Reg.-Rath beizulegen.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Stuttgart, 28. März. Der ständische Ausschuss hat von der Staatsregierung die Vorlage des preußisch-württembergischen Bündnisvertrages zur Genehmigung und nicht bloß zur Kenntnisnahme verlangt.

Prag, 28. März. Bei den heute beendeten Großgrundbesitzer-Wahlen hat die Verfassungspartei durchweg gesiegt.

London, 28. März. Nachrichten aus New-York vom 16. d. M., welche per "City of Boston" eingetroffen sind, versichern, daß die Fenier mit großer Rührigkeit fortgesetzt Anstalten zu einem Einfall in Kanada treffen. — Der Senat hat die Ernennung Cowans zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Wien nicht genehmigt.

Paris, 28. März. Man versichert, daß der Prinz von Oranien demnächst hier eintreffen wird.

Paris, 28. März. Der gesetzgebende Körper hat mit 136 gegen 92 Stimmen die Abschaffung der körperlichen Schuldhaft beschlossen. — Die "France" meldet: Der Prinz von Oranien und der Graf von Flandern haben auf die Nachricht, daß zur Eröffnung der Ausstellung keine Feierlichkeit stattfinden werde, ihre Reise hierher verschoben.

Florenz, 27. März. Zum Präsidenten der Deputirtenkammer wurde der Kandidat der Regierung, Mari, mit 195 Stimmen gewählt. Auf den Gegenkandidaten Crispi fielen 145 Stimmen.

Kopenhagen, 28. März. Der König reist nicht von London nach Paris, wie Zeitungen gemeldet haben, sondern kehrt in kurzer Frist hierher zurück. Prinz Johann tritt Sonnabend die Reise nach Griechenland an.

Konstantinopel, 28. März. Der zum Empfang der Investitur herkommende Fürst von Serbien wird Sonnabend hier erwartet. Der erste Adjutant des Sultans reist dem Fürsten bis zur Grenze zur Begrüßung entgegen.

Frankfurt a. M., 28. März. Effecten-Societät. Fest. Credit-Aktion 171½ à 172, 1860er Loosse 68½ à 68½, Steuerfr. Anleihe 48½, National-Anleihe 53½, Amerikaner 77½.

Wien, 28. März. A b e n d b ö r s e. Auf Deckungsläufe für das Ausland höher; am Schlusse stationär. Credit-Aktion 187,10, Nordbahn 162,20, 1860er Loosse 87,10, 1864er Loosse 80,00, Staatsbahn 210,90.

London, 28. März. Bank-Ausweis. Notenumlauf 22,837,715 (Zunahme 467,820), Baarvorrath 19,627,232 (Zunahme 165,786), Notenreserve 11,246,455 (Zunahme 311,360) Pf. St.

London, 28. März. Der Dampfer "City of Boston" ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 27. d. M. Abbs. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109, Golddosis 34, Bonds 109, Illinois 115, Criebahn 58, Baumwolle 3. Raffiniertes Petroleum 26. — Die Dampfer "China", "Chicago" und "Olympus" sind in New-York angelommen.

Berlin. Zwischen dem Ende der Vorberathung und den Schlussberathungen sollen Erklärungen der Bundes-Regierungen über die von dem Parlament angenommenen Amendingements zu erwarten sein. Danach wären die inzwischen abgegebenen Erklärungen nur als vorläufige anzusehen.

Von glaubwürdiger Seite wird mitgetheilt, daß die Änderung der Pensions-Verhältnisse der Post-Unterbeamten einer für die Betheiligten befriedigenden Regelung entgegengehe; ebenso sind die Gehaltsverbesserungen derselben in Berlin, die andern Orts, wo die Regelung weniger Schwierigkeiten verursacht, bereits eingetreten sind, in einigen Tagen zu erwarten. (Kreuzztg.)

England. London, 26. März. Die London-Brighton-Bahn ist in großen Nöthen, denn die Heizer und Locomotivführer haben ihre Drohung, die Arbeit einzustellen, wahr gemacht. Die Fahrpläne sind daher suspendirt worden, und

es laufen nur wenige Züge und mit verminderter Geschwindigkeit. Ahnliche Conflicte sind auf der Nordost-Bahn zu erwarten.

Frankreich. Paris, 25. März. Die Schneidergesellen machen vollen Ernst mit ihrer Arbeitseinstellung. Eine Calamität der fühlbarsten Art jetzt beim Beginn der Frühjahrssaison. Eine Versammlung von nicht weniger als 7000 hat am Sonntag den Beschlus gefaßt, binnen weniger Tagen Scheere und Nadel niederzulegen, wenn ihnen nicht eine Lohnserhöhung von 50 Centimes zugestanden wird. Ob auch ihnen außerordentliche Gelbmittel zugesiehen werden, um ihre Forderung durch Arbeitseinstellung zu erzwingen? Die Bronce-Arbeiter haben 20,000 Francs erhalten, und die Schriftseger einen Fonds von 8000 Francs aufgebracht, um mit Hilfe ihrer Unterstützungs-Kasse der sozialen Agitation den nötigen Vorschub zu leisten. Jetzt haben auch die Tischler ihr Programm aufgestellt.

## Danzig, den 29. März.

\* Zu nächstem Sonnabend, den 30. März, hat der Vorstand des hiesigen "Vereins junger Kaufleute" eine General-Versammlung anberaumt, in welcher der Antrag auf Auflösung des Vereins gestellt werden wird.

Marienburg, 27. März. (N. E. A.) Bei sehr variirendem Wasserstande kam das Grundeis der Nogat, welches erst einige Tage gestanden hatte, in Bewegung. Der Pegel steht jetzt um 5 Uhr Nachmittags auf 12' 1" bei schwachem Eis-gange.

Dem Rechtsanwalt und Notar Bülowius zu Königsberg ist der Charakter als Justizrat, dem Stadtgerichts-Depositalkassen-Rendanten Pelz zu Königsberg der Charakter als Rechnungs-rath und dem Stadtgerichts-Secretair Aßmann zu Königsberg der Charakter als Cangleirath verliehen.

Dem Oberlehrer Schumann am Altstädtischen Gymnasium zu Königsberg ist das Prädicat "Professor" beigelegt worden.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 28. März. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine sehr flau,  $\frac{7}{8}$  März 5400 Pf. netto 152 Bancothaler Br., 150½ Br.,  $\frac{7}{8}$  Frühj. 144 Br., 143½ Br. Roggen loco ruhig, auf Termine fest,  $\frac{7}{8}$  März 5000 Pfund Brutto 94 Br., 92 Br.,  $\frac{7}{8}$  Frühj. 90 Br. und Br. Hafer matt und geschäftlos. Oel feste,  $\frac{7}{8}$  Mai 24%,  $\frac{7}{8}$  Oct. 25%. Spiritus unverändert. Kaffee geschäftlos. — Feuchtes Wetter.

Amsterdam, 28. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest. Raps  $\frac{7}{8}$  Oct. 68½. — Auf der Auction der niederländischen Handels-Gesellschaft wurden 69,477 Blöcke Banca-Zinn à 54 verkauft.

London, 28. März. Consols 91%. 1½ Spanier 31%.

Italien. 5% Rente 53%. Lombarden 16 1/2%. Mexikaner 16%. 5% Russen 88 1/2%. Neue Russen 88. Russ. Prämienanleihe de 1864 —. Russ. Prämienanleihe de 1866 —. Silber 60%. Lürl. Anleihe 1865 30. 6% Ver.-St. vor 1882 74 1/2%. Schönes Wetter.

Liverpool, 28. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Guter Markt. Middling Amerikanische 13 1/2%, middling Orleans 13%, fair Dholerah 11%, good middling fair Dholerah 11, middling Dholerah 10 1/2%, Bengal 8 1/2%, good fair Bengal 9, Domra 11%, Pernam 14%. Antwerpen, 28. März. Petroleum, raff. Type, weiß, flüssig, 46% Frs. vor 100 Fr.

### Producten-Märkte.

Königsberg, 28. März. (R. H. B.) Weizen hochbunter 126/127 1/2 96 Br. bez., 124/125 1/2 93 Br. bez., bunter 125—126 1/2 92 Br. bez., 119/120 1/2 84 Br. bez., rother 125/126 1/2 92 Br. bez., 127 1/2 95 Br. bez. — Roggen 123/124 1/2 vor 80% 56 1/2 Br. bez., 124 1/2 57 1/2 Br. bez., vor 80% vor März 57 Br. Br., 56 Br. Gd., vor Frühj. 58 Br. Br., 56 1/2 Br. Gd., vor Mai-Juni 58 1/2 Br. Br., 57 1/2 Br. Gd. — Gerste vor 70% große 43/50 Br. Br., kleine 43/50 Br. Br. — Hafer vor 50% 29/33 Br. Br., 72 1/2 30 1/2 Br. bez., vor Frühj. 33 Br. Br., 32 Br. Gd. — Erbsen vor 90% weiße 55/66 Br. Br., 54 Br. bez., graue 60/68 Br. Br., grüne 55/66 Br. Br., 55 Br. bez. — Bohnen vor 90% 55/70 Br. Br. — Widen vor 90% 50/60 Br. Br., 50 Br. bez. — Leinsaat vor 70% fein 85/95 Br. Br., mittel 65/85 Br. Br., ordinäre 35/60 Br. Br. — Kleesaat, rothe 14/22 Br. Br., weiße 14—26 Br. Br. — Thymotheum 8/11 Br. vor Br. — Leinöl ohne Fass 13 1/2% Br. vor Br. — Rüböl ohne Fass

### Berliner Fonds-Börse vom 28. März.

#### Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1865.		
Aachen-Düsseldorf	47/30	3 1/2
Aachen-Maastricht	—	4
Amsterdam-Rotterd.	7 1/2	4
Bergisch-Märk. A.	9	4
Berlin-Anhalt	13	4
Berlin-Hamburg	9 1/2	4
Berlin-Potsd. Magdeburg.	16	4
Berlin-Stettin	8	4
Böh. Westbahn.	—	6
Bresl. Schw. Kreis.	9	4
Brieg-Reiche	5 1/2	4
Cöln-Minden	17 1/2	4
Gesell.-Döverbahn (Willib.)	2 1/2	4
do. Stamm.-Pr.	—	4 1/2
do. do.	—	5
Ludwigsh.-Bexbach	10	4
Magdeburg-Halberstadt	15	4
Magdeburg-Leipzig	20	4
Mainz-Ludwigshafen	8	4
Mecklenburger	3	4
Niederschl.-Märk.	—	4
Niederschl.-Zweigbahn	3 1/2	4

Dividende pro 1865.		
Nordb., Friedr. Wilh.	4	4
Oberschl. Litt. A. u. C.	11 1/2	3 1/2
do. Litt. B.	11 1/2	3 1/2
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5
Oppeln-Tarnowiz	3 1/2	5
Rheinische	7	4
do. St.-Prior.	7	4
Rhein-Nahebahn	0	4
Russ. Eisenbahn	—	5
Stargardt-Posen	4 1/2	4 1/2
Südosterr. Bahnen	7 1/2	5
Thüringer	8 1/2	4

#### Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1865.		
Preuß. Bank-Antheile	13 1/2	4 1/2
Berlin. Kassen-Verein	12	4
Pom. R. Privatbank	—	4
Danzig	8	4
Königsberg	7 1/2	4
Posen	7 1/2	4
Magdeburg	5	4
Disc.-Comm.-Antheil	8	4
Berliner Handels-Gesell.	8	4
Oesterreich. Credit	—	5

11 Br. vor Br. — Leinkuchen 63/70 Br. vor Br. — Rübuchen 58/60 Br. vor Br. — Spiritus loco ohne Fass 17 1/2% Br. Br., 16% Br. Gd., vor Frühj. ohne Fass 17 1/2% Br. Br.

Stettin, 28. März. Weizen leco vor 85% gelber und weißbunter 82—86 Br., feiner 87 Br., geringer 72—81 Br., 83/85% gelber vor Frühj. 84 Br. Br., 83% Br. Gd. — Roggen vor 2000% loco 53—56 Br., vor Frühj. 53 1/2% Br. bez. u. Gd. — Gerste loco vor 70% nach Dual. 45—48% Br. — Hafer loco 50% 29 1/2—31 Br., 47/50% vor Frühj. 30 1/2 Br. Gd. u. Br. — Erbsen loco 52—57 Br., Frühj. Futter 54 Br. Gd. — Rappfuchen 1 Br. 24 Br. bez. — Rüböl loco 11 Br. Br., April-Mai 10%, 1/2 Br. bez. — Spiritus loco ohne Fass 16% Br. bez., Frühj. 16 1/2%, 1/2 Br. bez. — Leinsamen, Rigaer 12 Br. bez., Libauer 11 Br. bez. — Petroleum 7 1/2% Br. bez.

Berlin, 28. März. Weizen vor 2100% loco 70—88 Br. nach Dual, vor 2000% April-Mai 77 1/2—78 Br. bez. — Roggen loco vor 2000% 55 1/2—57% Br. nach Dual. bez., schwimm. 80/82% 56 1/2—57 Br. bez., Frühj. 55 1/2—56% — 56 Br. bez. u. Gd., 1/4 Br. Br. — Gerste loco vor 1750% 45—51 Br. nach Dual. — Hafer loco vor 1200% 26 1/2—29 1/2% Br. nach Dual. — Erbsen vor 2250% Kochwaare 52—66 Br. nach Dual. Futterware do. — Rüböl loco vor 100% ohne Fass 11 1/2% Br. Br. — Leinöl loco 13% Br. Br. — Spiritus vor 8000% loco ohne Fass 17 1/2% — 11 1/2% Br. bez., mit Fass 1/2 Br. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. O. 5 1/2—5 1/2% Br., Nr. O. u. 1. 5 1/2—4% Br., Roggenmehl Nr. O. 4 1/2—4 1/2% Br., Nr. O. u. 1. 4 1/2—3 1/2% Br. bez. vor Br. unversteuert.

Breslau, 28. März. Rothe Kleesaat war langsam verkauflich, alte 12—16 1/2% Br., neue 16—18 1/2—18% Br., weiße

Saat schwach gehandelt, ord. 16—20 Br., mittel 21—24 Br., feine 25—26 1/2% Br., hochfeine 27 1/2—28% Br. Thymothee still, 10 1/2—12 Br.

### Butter.

Berlin, 27. März. (B. u. H. B.) [Gebr. Gause.] Feine und feinsten Mecklenburger Butter 35—38 Br., Pregitzer, Vorpommersche und andere Sorten keine Butter 31—36 Br., Pommerische 25—29 Br., Neubrächer, Niederunger 24—26 Br., Preußische 22—24 Br., Schlesische 22—28 Br., Österreichische 18—20 Br., Thüringer, Hessische, Bayerische 26—32 Br., Gläser Kübel, 18 Quart vor Fass, 8—9 Br. Schweinfette 21—22 1/2 Br. — Pfauenkraus 11—12 Br.

### Schiffsladen.

Neufahrwasser, 27. März 1867. Wind: Süden.

Gefegelt: Forth, Irwell (SD), Hull; Steinorth, Mine, Grangemouth; Luther, Johanna, Grangemouth; Böttcher, Wilhelm, Gool, Wilson, Surprise, Newcastle; Haase, Auguste, Dünkirchen; Kromann, Bornholms Eeg, Bergen; sämtlich mit Gefleide. — Larten, Jenny Marie, Macduff, Kinchen. — Naumann, William, Bordeaux; Kleyn, Freiherr Otto v. Mantaußel, Dublin; Mews, Alex. Gibson, Dublin; sämtlich mit Holz.

Den 28. März. Wind: SD.

Angelommen: Dabis Richard, Swinemünde, Mauersteinie, Bastian, Concordia, Swinemünde, alt Eisen. — Stramwitz, Bernhard, Swinemünde, Ballast. — Budig, Hermann; Wibberanz, Maria; beide von Stettin mit Cement.

Den 29. März. Wind West.

Angelommen: Schröder, Germania, Swinemünde; Kalf, Joh. Frieer, Ferdinand, Stoipmünde; Jensen, Haabet, Svendborg; sämtlich mit Ballast. — Schauer, Gustav, Swinemünde, Ballast. Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rickert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Lafemann.

### Wechsel-Cours vom 28. März.

Preußische Fonds.		Kur. u. N.-Rentenbr.	9 1/2% B
Freiwill. Anl.	4 1/2	100	bz
Staatsanl. 1859	5	103 1/2	bz
Staatsanl. 50/52	4	90 1/2	bz
do. 54, 55, 57	4 1/2	100	bz
do. 1859	4 1/2	100	bz
do. 1856	4	100	bz
do. 1853	4	90 1/2	G
Staats-Schulds.	3 1/2	83 1/2	bz
Staats-Pr.-Anl.	3 1/2	120 1/2	bz
Kur. u. N. Schuld.	3 1/2	81 1/2	bz
Berl. Stadt-Obl.	5	104	bz
Inst. b. Stg. 5 Mon.	5	99 1/2	bz
do. 6 Mon.	5	101 1/2	bz
Börsenh.-Anl.	5	101 1/2	bz
Kur. u. N. Pföldbr.	3 1/2	78 1/2	B
do. neue	4	90 1/2	B
Ostpreuß. Pföldbr.	3 1/2	78	G
do.	4	85 1/2	bz
do. do. 1862	5	86 1/2	bz u G
do. do. 1864 holl.	5	87 1/2	G
Russ. Plu. Sch.-D.	4	62 1/2	et bz
Cert. L. A. 300 fl.	5	90 1/2	G
Pföldbr. n. in S.-R.	4	57 1/2	B
Part.-Obl. 500 fl.	4	91 1/2	G
Schlesische	3 1/2	—	—
Amerikaner	6	78 1/2	bz
Westpreuß. Pföldbr.	3 1/2	77	G
Hamb. St. Pr.-A.	—	45 1/2	B
N. Baden. 35 fl.	—	30 1/2	bz
Schwed. 10 Thlr.-E.	—	10	B

### Gold- und Papiergeld.

Fr. B.m.R. 99 1/2% G	Napol. 5 12 1/2% bz
ohne dt. 99 1/2% G	Edr. 11 1/2% G
Dest.-Öfr. W 78 1/2% bz	Sovr. g. 6 23 1/2% bz
Poln. Bkn. —	Goldfr. 9 9% G
Russ. do. 81 1/2% bz	Gold 48 1/2% bz
Dollars 1 12 1/2% B	Silber 29 28 bz